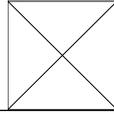


# EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

---

*Plenarsitzungsdokument*

15.2.2005

B6-0102/2005

## **ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**

eingereicht im Anschluss an eine Erklärung der Kommission

gemäß Artikel 103 Absatz 2 der Geschäftsordnung

von Marie-Hélène Aubert, Bernat Joan i Marí, Alain Lipietz, Raül Romeva i Rueda und Carl Schlyter

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

zum Weltsozialforum 2005 in Porto Alegre und zum Weltwirtschaftsforum 2005 in Davos

**Entschließung des Europäischen Parlaments zu Weltsozialforum 2005 in Porto Alegre und zum Weltwirtschaftsforum 2005 in Davo**

*Das Europäische Parlament,*

- in Kenntnis des Aufrufs weltweiter sozialer Bewegungen zum Abschluss des Weltsozialforums von 2005,
  - in Kenntnis der Schlusserklärung des Weltparlamentarierforums 2005 und der Erklärung über sein zukünftiges Programm,
  - gestützt auf Artikel 103 Absatz 2 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass das Weltsozialforum 2005 seit seinem Beginn gemäß der Grundsatzcharta von 2001 ein offener Raum der Begegnung zur Vertiefung des Nachdenkens, für eine demokratische Debatte von Ideen, für die Formulierung von Vorschlägen, für den freien Austausch von Erfahrungen und für den Aufruf zu wirksamen Aktionen gegen das neoliberale Modell der freien Marktwirtschaft ist mit horizontalem Charakter, ohne Hierarchien und mit einer großen Vielfalt von Beteiligten,
- B. in der Erwägung, dass das Weltsozialforum ein ständig wachsender Raum ist, wo dieses Jahr etwa 2500 autonom organisierte Veranstaltungen stattfanden, einschließlich eines Weltparlamentarierforums, eines Forums lokaler Körperschaften, eines Weltrichterforums, eines Weltbildungsforums, eines Weltmigrationsforums und eines Weltforums der Würde von ausgegrenzten Personen und Opfern der Diskriminierung, dass bei diesem Weltsozialforum insgesamt 155.000 Teilnehmer aus 135 Ländern registriert wurden und es mit einem gewaltigen Friedensmarsch eröffnet wurde,
- C. In der Erwägung, dass die neue dezentrale Gestaltung des Weltsozialforums eine Stärkung der weltweiten Vernetzung und die Ausarbeitung gemeinsamer Strategien und einer gemeinsamen Aktionsagenda ermöglicht hat,
- D. in der Erwägung, dass die wichtigsten Empfehlungen des Weltsozialforums folgende Punkte betrafen: Erlass der öffentlichen Schulden der Entwicklungsländer des Südens, Besteuerung von Finanztransaktionen und Waffenverkäufen, Vollbeschäftigung und Sozialschutz, Abbau von Steueroasen, fairer Handel, Selbstbestimmung bezüglich Nahrungsmitteln und Lebensmittelsicherheit durch landwirtschaftliche Kleinbetriebe, Verbot von Patenten auf Wissen und lebende Organismen, gründliche Demokratisierung internationaler Organisationen, Gewährleistung des Rechts, informiert zu werden und zu informieren, Abbau von ausländischen Militärbasen, Kampf für eine Politik gegen jede Form der Diskriminierung, Beendigung der Umweltzerstörung, insbesondere im Bereich des Klimawandels,
- E. in der Erwägung, dass das Weltwirtschaftsforum 2005 in Davos, das parallel zum Weltsozialforum stattfand, 2250 Teilnehmer zählte und von der Wirtschaft veranstaltet

wurde, zu deren Vertretern 20 Staats- und Regierungschefs, 70 Minister, einige Gewerkschaftsführer und führende religiöse Persönlichkeiten und eine begrenzte Zahl nichtstaatlicher Organisationen hinzukamen, und unter dem Motto „Verantwortung für schwierige Entscheidungen übernehmen“ stand,

- F. in der Erwägung, dass dem Weltwirtschaftsforum 2005 zufolge die Analyse des Jahres 2004 zeigt, dass wenige sowohl im Öffentlichen als auch im privaten Sektor auch nur annähernd das Notwendige tun, um die Welt in die Lage zu versetzen, die wichtigsten gesetzten Ziele zu erreichen,
- G. in der Erwägung, dass auf der Tagung von 2005 in Davos auch eine Reihe der vom Weltsozialforum als Hauptanliegen eingestuften Themen angesprochen wurden, wie Bekämpfung der Armut und Eindämmung des Klimawandels, und einer Reihe von Vorschlägen formuliert wurden, die in naher Zukunft umgesetzt werden sollten,
- H. in der Erwägung, dass parallel zur Tagung in Davos eine Reihe von anderen Veranstaltungen stattfanden, namentlich ein informelles Treffen der WTO, zu dem die schweizerische Regierung ausgewählte WTO-Mitgliedstaaten eingeladen hatte,
  - 1. begrüßt die zunehmende weltweite Vernetzung von sozialen Bewegungen, Bauernbewegungen, Gewerkschaften und gemeinnützigen nichtstaatlichen Organisationen als Ergebnis des Weltsozialforums 2005;
  - 2. unterstützt unter den vielen Vorschlägen für Maßnahmen, die auf dem Weltsozialforum 2005 gemacht wurden, insbesondere den Appell, den Zugang zu Trinkwasser zu einem Menschenrecht zu erklären, schlägt vor, eine Delegation zum zweiten alternativen Weltwasserforum (FAME 2005) vom 17. bis 20. März 2005 in Genf zu entsenden und am Weltwassertag, 32. März 2005, teilzunehmen und diese Initiative nachdrücklich zu unterstützen;
  - 3. begrüßt die Initiative von Porto Alegre, zwei weltweite Aktionstage gegen Krieg und Besetzung und für Frieden und Abrüstung am 19. und 20. März 2005 zu veranstalten;
  - 4. unterstützt den in Davos vorgebrachten Vorschlag, eine Steuer auf grenzüberschreitende spekulative Kapitalflüsse (Devisentransaktionssteuer, „Tobinsteuer“) sowie eine internationale Steuer auf Flugbenzin zu erheben, die dazu beitragen könnten, die Millennium-Entwicklungsziele zu erreichen, und fordert die Mitglieder der G-7 auf, so rasch wie möglich konkrete Mechanismen, Zahlen und Fristen vorzuschlagen;
  - 5. stimmt jedoch dem auf dem Weltsozialforum und dem Weltparlamentarierforum in Porto Alegre ergangenen Appell zu, das Weltwirtschaftssystem so umzugestalten, dass die Minderung der Armut kein Geschenk der Reichen ist, sondern dass die Überwindung der Armut einer Folge fairer Wirtschafts- und Handelsregeln, unterstützt von reformierten internationalen Institutionen, ist;
  - 6. begrüßt den in Davos gemachten Vorschlag, dass die sieben reichsten Länder (G-7) den armen Ländern einen vollständigen Schuldenerlass gewähren sollten, und betont, dass ein bedingungsloser Schuldennachlass ein Schlüsselfaktor zur Bewältigung des Armutsproblems ist; fordert die EU-Mitgliedstaaten, die Mitglieder der G-7 sind, auf, auf

dem Treffen der G-7 in Glasgow im Juli dieses Jahres einen entsprechenden Vorschlag für einen Beschluss vorzulegen, und betont, das nicht nur bilateraler Schuldenerlass, sondern multilateraler Schuldenerlass einschließlich des Erlasses der Schulden beim IWF und bei der Weltbank eine notwendige Voraussetzung für Wirtschaftsaufschwung und nachhaltige Entwicklung in den Entwicklungsländern ist;

7. macht auf die von Foren der Zivilgesellschaft und von Bauernorganisationen auf dem Weltsozialforum gemachten Vorschläge, wie den „Call of Chapeco“ und die Dakar-Erklärung, aufmerksam, in denen die Regierungen aufgefordert werden, ihrer Verantwortung nachzukommen und die Agrarreformen und die agrarpolitischen Maßnahmen umzusetzen und politische Maßnahmen zur Versorgungssteuerung zu stärken gegen jede Form von Dumpingpraktiken, um so weltweit ein vertretbares Niveau bei den Erzeugerpreisen sicherzustellen;
8. begrüßt den Appell des Weltparlamentarierforums betreffend die laufenden Verhandlungen über einen Unesco-Übereinkommen über kulturelle Vielfalt, das beinhalten sollte, dass Kultur, Sprachen und Kulturerzeugnissen von den für den Handel geltenden Regelungen und von denen Sanktionsmechanismen des GATS und der WTO ausgenommen sind, damit der kulturelle Reichtum weltweit erhalten und gefördert werden kann als Stütze der Identität und gegen Fremdenfeindlichkeit und Fundamentalismus;
9. ist nicht einverstanden damit, dass die Schweizer Regierung zu so genannten Mini-Ministertreffen eingeladen hat, die sich auf bestimmte WTO-Mitgliedstaaten beschränken, und fordert die WTO-Mitgliedstaaten auf, die offiziell etablierten Foren, an denen alle WTO-Mitglieder teilnehmen können, zu respektieren, um eine undemokratische Vorbereitung von WTO-Beschlüssen so vermeiden;
10. fordert alle sozialen und parlamentarischen Bewegungen auf, entsprechende Vorbereitungen zu treffen für das Jahr 2006, in dem dezentrale Welt Sozialforen in verschiedenen Teilen der Welt stattfinden sollen, und für das Jahr 2007, in dem laut dem in Porto Alegre beschlossenen Plan das Weltsozialforum in einem afrikanischen Land stattfinden soll;
11. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschliebung dem Rat und der Kommission sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.